

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

05. August 2019

Ägypten

Hungerstreik politischer Gefangener

Am 31.07.19 veröffentlichte Amnesty International (ai) einen Bericht zur Lage politischer Gefangener in einem Kairoer Gefängnis. Von ca. 1000 politischen Gefangenen befinden sich etwa 130 seit sechs Wochen in einem Hungerstreik. Dabei soll es sich überwiegend um Mitglieder der Muslimbruderschaft handeln. Ihr Protest richtet sich vor allem gegen das Vorenthalten von Familienbesuchen, die Verweigerung des Zugangs zu Anwälten, das Vorenthalten medizinischer Versorgung, Folter und andere Aspekte der Haftbedingungen.

Afghanistan

UNAMA-Halbjahresbericht zu zivilen Opfern

Die United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) dokumentierte 3.812 zivile Opfer (1.366 Tote, 2.446 Verletzte) im ersten Halbjahr 2019. Dies sind 27 % weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Wie in den Vorjahren waren die Regierungsgegner für die meisten zivilen Opfer insgesamt verantwortlich. Die meisten Toten wurden jedoch durch Aktionen der Regierungskräfte und deren Verbündete verursacht. Die am stärksten betroffenen Provinzen waren Kabul, Helmand, Nangarhar, Faryab und Ghazni. Während im Halbjahresbericht 2018 noch 993 zivile Opfer in Kabul gezählt wurden, waren es 473 im ersten Halbjahr 2019. Steigende Opferzahlen waren allerdings in den nördlichen und nordöstlichen Gebieten zu verzeichnen, insbesondere in den Provinzen Balkh, Baghlan und Takhar sowie in der südöstlichen Provinz Paktika. Ein großer Teil der Opfer waren Kinder (1.207) und Frauen (430). Ob sich der tendenzielle Rückgang ziviler Opferzahlen fortsetzt, erscheint jedoch nach einer Pressemeldung der UNAMA vom 03.08.19 fraglich. Hiernach seien allein im Juli 2019 über 1.500 Zivilisten verletzt oder getötet worden. Hauptursache seien Angriffe der Taliban auf afghanisches Militär und dessen Einrichtungen in urbanen Gebieten gewesen.

SIGAR-Quartalsbericht zum Stand des Wiederaufbaus

In dem am 30.07.19 veröffentlichten Quartalsbericht des Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction (SIGAR) werden Daten der NATO-Mission „Resolute Support“ (RS) bekanntgegeben. Hiernach habe es 2.706 zivile Opfer (757 Tote, 1.949 Verletzte) im Zeitraum vom 01.01. bis 31.05.19 gegeben, 32 % weniger als im Vergleichszeitraum 2018. Laut RS gab es die meisten Opfer in Kabul (402), gefolgt von Nangarhar und Helmand.

Zusammenfassung der von ACLED erfassten Ereignisse

Nach Angaben des Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED) meldeten die Taliban die sechste Woche in Folge signifikante Territorialgewinne. Sie sollen die Kontrolle über Gebiete in den nordöstlichen Provinzen Badakhshan, Baghlan und Balkh sowie im südöstlichen Khost erlangt haben. Der IS verzeichnete mit der Eroberung von Taliban-Stellungen in Nangarhar (Osten) die ersten Gebietsgewinne seit Ende Mai.

Algerien

24. Freitagsdemonstration in Folge

Auch am 03.08.19 gab es in Algerien Massendemonstrationen für einen politischen Wandel. Seit dem 20.02.19 protestieren die Menschen nach dem Freitagsgebet meist friedlich für bessere soziale und wirtschaftliche Bedingungen und einen politischen Wandel. Erstmals haben verschiedene Gruppen zu zivilen Ungehorsam aufgerufen und den Rücktritt von Übergangspräsident Bensalah und Armeechef Ahmed Gaid Salah gefordert. Laut der Nachrichtenagentur APF kam es zu Verhaftungen von Demonstranten und einem verstärkten Aufgebot an Sicherheitskräften.

China

Hongkong: Demonstrationen

Die vor etwa zwei Monaten begonnenen Massenproteste dauern an. Tausende schlossen sich am 02.08.19 einem Protestmarsch von Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes gegen die Regierung an. Eine zunächst friedlich verlaufende Demonstration Zehntausender eskalierte am 03.08.19 gewaltsam. Am Abend sowie am 04.08.19 kam es in mehreren Stadtteilen zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei. Demonstranten umringten Polizeistationen und lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei. Mehrere Personen wurden festgenommen.

Am 03.08.19 zeigten mehrere Tausend Gegendemonstranten ihre Unterstützung für das Vorgehen der Regierung und der Polizei.

Anklagen gegen Demonstranten

Am 30.07.19 forderten mehrere Hundert Demonstranten vor einer Polizeistation die Freilassung von 44 Personen, die nach einer gewaltsam verlaufenen Demonstration am 28.07.19 wegen Aufruhrs angeklagt wurden. Ein Gericht ordnete am 31.07.19 für 43 der Angeklagten die Freilassung gegen Kautions an. Für den 05.08.19 wurde zu einem Generalstreik aufgerufen.

Xinjiang: zahlreiche Entlassungen aus Umerziehungslagern?

Die Führung der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang verkündete am 30.07.19, die meisten Insassen der offiziell als Fortbildungseinrichtungen beschriebenen Lager seien „in die Gesellschaft und zu ihren Familien zurückgekehrt“. Die Mehrzahl von ihnen hätte bereits eine Beschäftigung gefunden. Beobachter bezweifeln diese Darstellung. Die verfügbaren Informationen deuten auf eine Verbindung von Lagern mit Zwangsarbeit. So gibt es Berichte von Fabriken, die u.a. auf oder nahe dem Gelände von Lagern eingerichtet worden seien. Dort müssten aus den Lagern Entlassene Zwangsarbeit leisten, seien in ihrer Bewegungsfreiheit aber weiterhin in womöglich unterschiedlichem Umfang eingeschränkt. Dies stützen Berichte aus der uigurischen Exil-szene, aus der es zwar Meldungen über Freilassungen wohl in den Hausarrest, bislang aber keine Hinweise auf eine Entlassung von Lagerinsassen in völlige Freiheit im offiziell dargestellten Umfang gibt. Von Radio Free Asia durchgeführte Telefoninterviews mit der Polizei vor Ort ergaben ebenfalls keine Hinweise auf Freilassungen im großen Stil.

Aktivist zu Haftstrafe verurteilt

Ein Gericht in Mianyang (Provinz Sichuan) verurteilte am 29.07.19 den im Januar 2019 schuldig gesprochenen Aktivist Huang Qi wegen des Verrats von Staatsgeheimnissen zu zwölf Jahren Haft. Qi war im November 2016 festgenommen worden. Auf seiner Website 64 Tianwang hatte Qi u.a. über die Situation von Petitionären und Zwangsenteigneten berichtet. Laut der Menschenrechtsorganisation Chinese Human Rights Defenders (CHRD) gefährdet die mangelhafte medizinische Versorgung des an mehreren Krankheiten Leidenden dessen Gesundheit. Bereits in einer gemeinsamen Erklärung vom Dezember 2018 sahen vier UN-Menschenrechtsexperten Qis Leben durch eine mangelhafte medizinische Versorgung bedroht. In der Vergangenheit wurden immer wieder Fälle von aus politischen Gründen Inhaftierten bekannt, die starben, weil ihnen während der Haft eine angemessene medizinische Versorgung nicht oder erst spät gewährt wurde.

DR Kongo

Vierter Ebola-Fall in Goma

Am 01.08.19 wurde ein vierter Ebola-Ausbruchsfall in Goma, Hauptstadt der ostkongolesischen Provinz Nord-Kivu, bestätigt. Bei der Patientin handelt es sich um die Ehefrau des zweiten Ebola-Patienten, bei dem in der Stadt ein Ausbruchsfall festgestellt wurde. Der Minenarbeiter war aus einer Goldmine in der Provinz Ituri zu seiner Familie nach Goma gereist, wo er am 31.07.19 an der Krankheit verstarb. Er hat außer seiner Ehefrau auch seine einjährige Tochter angesteckt. Von den festgestellten rund 300 Erst- und Zweitkontakten des Minenarbeiters wurden 240 geimpft. Bei dem ersten Ebola-Ausbruchsfall in Goma handelte es sich um einen an der Seuche verstorbenen Pfarrer, der in der weiter nördlich gelegenen Region Butembo, dem Krisenherd der Epidemie, seine Hände auf mehrere Kranke gelegt und die Krankheit Mitte Juli 2019 nach Goma gebracht hatte.

Indien/Pakistan

Angespannte Lage in Jammu und Kaschmir

Die indische Regierung brachte am 05.08.19 ein Gesetz im Parlament ein, wonach die Autonomierechte des Bundesstaats Jammu und Kaschmir ersatzlos gestrichen werden sollen. Unter anderem war es bisher Personen von außerhalb des mehrheitlich muslimischen Jammu und Kaschmir verboten, dort Land zu erwerben. Bereits in der Nacht zuvor verhängte die Regierung eine Ausgangssperre in Srinagar und Umgebung. Mehrere Oppositionspolitiker wurden unter Hausarrest gestellt, Internet, Mobilfunk- und Festnetz abgeschaltet. Zahlreiche Soldaten wurden in die Region gesendet. Zuvor waren Urlauber und Pilger aufgefordert worden, Kaschmir wegen aktueller Terrorgefahr umgehend zu verlassen. Am 04.08.19 erklärte die indische Armee, pakistanische Soldaten und Milizionäre hätten versucht, die Demarkationslinie in Kaschmir zu überqueren. Pakistan bestreitet dies.

Iran

Haftstrafe für Filmregisseur / Offene Kritik des iranischen Berufsverbandes der Filmschaffenden

Der international renommierte iranische Regisseur Mohammad Rasoulof, der zuletzt: 2017: Hauptpreis der Reihe „Un Certain Regard“ der 70. Filmfestspiele von Cannes für „A Man of Integrity“ gewonnen hatte, wurde am 20.07.19 wegen kritischer Darstellung Irans in seinen letzten drei Filmen zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt (vgl. BN v. 29.07.19). Der iranische Berufsverband der Filmschaffenden „Haus des Kinos“ hat Justizchef Ayatollah Seyyed Ebrahim Raisi am 30.07.19 in einem offenen Brief aufgefordert, das Urteil gegen Mohammad Rasoulof zu überdenken. Der Verband erwarte, dass die Justiz bei Themen, die unmittelbar die künstlerischen Aktivitäten der Filmschaffenden betreffen, keine „skandalösen Urteile“ fälle, heißt es in dem Schreiben.

Revolutionsführer Ayatollah Seyyed Ali Chamenei hatte indes bei Ernennung Raisis im März 2019 erklärt, dieser solle einen Wandel im Justizsystem Irans herbeiführen, der den „Erfordernissen, Fortschritten und Herausforderungen“ im 40. Jahr der Islamischen Revolution von 1979 entspreche.

Jemen

Angriff auf Militärbasis

Am 02.08.19 stürmte al-Qaida in the Arabian Peninsula (AQAP) eine Militärbasis der von den VAE-unterstützten Security Belt Forces (al-Hizam Brigade) im Bezirk al-Mahfad, Gouvernement Abyan. Bei dem mehrstündigen Angriff sollen 20 Soldaten der Security Belt Force getötet worden sein. Am nächsten Tag sollen die Sicherheitskräfte sieben der Militanten getötet haben, dabei kam ein Soldat ums Leben.

Doppelangriffe in Aden

Bei einem Angriff auf die von der VAE-unterstützten Security Belt Forces während einer Militärparade im al-Jalaa-Lager im Adener Stadtteil Breiqa am 01.08.19 wurden mindestens 40 Menschen getötet und weitere Dutzende verletzt. Aden dient als Interimshauptstadt, seit die Regierung 2014 aus der Hauptstadt Sanaa ver-

drängt wurde und steht unter der Kontrolle jemenitischer Regierungskräfte und von den VAE unterstützter Sicherheitskräfte.

Am selben Tag griffen Selbstmordattentäter eine Polizeistation im Stadtteil Omar al-Mokhtar in Aden an. Bei dem Angriff sollen elf Personen getötet und 29 verletzt worden sein. Der jemenitische Ableger des Islamic State (IS-Y) übernahm die Verantwortung für den Angriff.

Angriff auf Markt in Saada

Am 29.07.19 wurden mindestens zehn Personen, darunter auch Kinder, bei einem Angriff auf einen Markt im Bezirk Qatabir, Gouvernement Saada, getötet. Houthi-Rebellen als auch die jemenitische Regierung und ihre saudi-arabischen Bündnispartner bezichtigen sich gegenseitig für den Angriff verantwortlich zu sein.

Kasachstan

Nach Erscheinen eines Foltervideos fünf Personen des Gefängnispersonals verhaftet

Der stellvertretende Direktor sowie vier Wachleute der Haftanstalt der kasachischen Stadt Zarechny nahe Almaty wurden im Zusammenhang mit der Veröffentlichung eines Videos im Internet, welches die Folter eines Gefängnisinsassen durch mehrere Wärter zeigt, verhaftet. Seit langem kritisieren Menschenrechtsorganisationen die Haftbedingungen in kasachischen Gefängnissen, in denen es aufgrund der schwierigen Bedingungen in den letzten Jahren zu zahlreichen Gefängnisaufständen kam.

Libyen

Kämpfe um Tripolis und Murzuq

Während die Kämpfe in Tripolis weiter andauern, kam es am 03. und 04.08.19 zu neuen Auseinandersetzungen in Murzuq. Während der Kämpfe soll es zu vier Toten und mehreren Verletzten gekommen sein.

Derweil gab das Komitee für die Angelegenheiten der intern Vertriebenen bekannt, dass wegen der Kämpfe in Südtripolis seit April über 23.000 Familien die Gegend verlassen hätten und andernorts untergebracht worden seien.

Tote durch Gewalt in der ersten Hälfte 2019

Die NGO Human Rights Solidarity gab am 03.08.19 bekannt, dass es im ersten Halbjahr 2019 im Zusammenhang mit gewalttätigen Vorfällen in Libyen bisher 424 Todesopfer gegeben hat. Dabei handelt es sich explizit nicht um Tote in Folge andauernder Kämpfe, sondern oftmals um Entführungsoffer oder die Opfer von Anschlägen und Morden. Schwerpunkt war Banghazi.

Marokko

König spricht tausende Begnadigungen aus

Zum 20. Thronjubiläum hat König Mohammed VI. 4.764 Begnadigungen ausgesprochen. Für 31 Personen wurde die Todesstrafe in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt und für 176 Personen die lebenslange Haftstrafe in eine begrenzte Haftzeit. 1.916 Inhaftierten wurde die verbliebene Haftzeit erlassen und 2.477 Häftlingen die Haftzeit reduziert. Unter den Begnadigten sollen auch Personen sein, die im Zusammenhang mit den Ereignissen in Al Hoceima und wegen Terrorismus inhaftiert wurden. Sie mussten dafür öffentlich ihre Verbundenheit mit den unerschütterlichen und heiligen Werten der Nation und ihrer nationalen Institutionen zum Ausdruck bringen, ihre ideologischen Tendenzen überprüfen und Extremismus und Terrorismus ablehnen.

Mauretanien

Inhaftierter Blogger freigelassen

Der wegen Blasphemie-Vorwürfen inhaftierte Blogger Cheik Ould Mohamed Ould Mhkeitir, dessen Todesstrafe in eine zweijährige Haftstrafe umgewandelt worden war, wurde jetzt überraschend freigelassen, nachdem es zunächst geheißen hatte, dass er zur persönlichen und öffentlichen Sicherheit weiter festgehalten werden soll. Laut seiner Anwältin soll er am 30.07.19 aus dem Hausarrest entlassen worden sein, könne sich aber weiterhin nicht komplett frei bewegen.

Nigeria

Omoyele Sowore wegen Aufrufs zur Revolution verhaftet

Am 03.08.19 wurde Omoyele Sowore (Menschenrechtsaktivist, Gründer des nigerianischen Online Nachrichtenportals Sahara Reporters und Präsidentschaftskandidat der Partei AAC - African Action Congress - bei der Wahl im Februar 2019) in Lagos vom Staatssicherheitsdienst SSS verhaftet und in eine Hafteinrichtungen nach Abuja verbracht. Er hatte unter dem Hashtag #RevolutionNow für den 05.08.19 landesweit zu Protestdemonstrationen gegen die Regierung aufgerufen. Sowore kritisiert die schlechte Regierungsführung in Nigeria und ist der Ansicht, dass die Wahlen von Februar 2019 nicht glaubwürdig gewesen seien.

Schiitische Sekte IMN setzt vorläufig Märsche zur Freilassung Zakzakys aus

Laut einer am 31.07.19 vom Sprecher der schiitische Sekte Islamic Movement in Nigeria (IMN), Ibrahim Musa, herausgegebenen Stellungnahme setzt das IMN die seit längerer Zeit immer wieder erfolgten Protestmärsche zur Freilassung ihres seit Dezember 2015 inhaftierten Anführers und Gründers Ibrahim El-Zakzaky vorläufig aus. In der Zwischenzeit soll insbesondere gegen das am 27.07.19 ergangene Urteil des Federal High Court in Abuja, in dem der Regierung aufgegeben wurde, das IMN als terroristische Gruppe zu verbieten, mit Rechtsmitteln vorgegangen werden (vgl. BN v. 29.07.19). Am 30.07.19 erklärte der oberste Polizeichef, Mohammad Adamu, dass fortan jeder IMN-Protestierende in Anwendung des Terrorismusgesetzes strafrechtlich verfolgt werde.

Russische Föderation

Erneut zahlreiche Verhaftungen bei Protesten in Moskau

In der russischen Hauptstadt kam es am 03.08.19 erneut zu nicht genehmigten Protesten, bei denen laut Medienangaben mehr als 800 Personen teilweise gewaltsam von der russischen Polizei verhaftet wurden. Der russischen Polizei zufolge nahmen etwa 1.500 Menschen an den Protesten teil. Wie die Proteste der vergangenen Wochen richteten sich auch diese gegen den Ausschluss von regierungskritischen Kandidaten bei den bevorstehenden Kommunalwahlen im September 2019.

Somalia

Bürgermeister von Mogadischu stirbt

Der Bürgermeister von Mogadischu, Abdirahman Omar Osman, starb am 01.08.19 an den Verletzungen in Folge eines Selbstmordanschlages am 24.07.19 (vgl. BN v. 29.07.19).

US AFRICOM Luftangriffe

In der vergangenen Woche wurde über mehrere Luftangriffe des US AFRICOM berichtet: Am 27.07.19 wurde bei einem Angriff in den Golis-Bergen in Nordsomalia ein Kämpfer des Islamic State in Somalia (ISS) getötet; am 29.07.19 wurden Stellungen der al-Shabaab in den Städten Jamame (Region Lower Jubba) und Buale (Region Middle Juba) angegriffen; am 01.08.19 soll es erneut in Jamame sowie in der Stadt Jilib (Region Middle Jubba) zu Angriffen gekommen sein. Al-Shabaab nahe Medien haben die Luftangriffe in Jilib, Buale und Jamame im Juli bestritten. Von US AFRICOM wurde nur der Luftangriff vom 27.07.19 bestätigt.

Sudan

Einigung auf Verfassungsänderung

Nach Medienberichten haben sich der Militärrat und die Opposition auf eine Verfassungsänderung geeinigt. Inhaltlich ging es dabei vor allem um die Machtbefugnisse der gemeinsamen Übergangsregierung, die Stationierung der Sicherheitskräfte und eine Amnestie für ranghohe Militärs im Zusammenhang mit der Gewalt gegen Demonstranten. Offen ist noch, wie die paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) künftig eingebunden werden sollen. Die RSF werden von der Opposition für die tödliche Gewalt gegen Demonstranten verantwortlich gemacht. Am 17.08.19 soll die offizielle Unterzeichnung der Verfassungserklärung bei einer Zeremonie mit internationalen Gästen stattfinden.

Demonstranten getötet

Am 29.07.19 wurden bei einer Demonstration in der Stadt El-Obeid (Provinz Nordkordofan) vier Schüler und ein Erwachsener getötet und mehrere Menschen verletzt. Laut Aussage eines der Opposition nahestehenden Ärzteverbands sollen die Demonstranten von Scharfschützen erschossen worden sein. Der Gouverneur von Nordkordofan verhängte daraufhin eine nächtliche Ausgangssperre in El-Obeid und anderen Städten der Provinz.

Am 31.07.19 soll der Militärrat Anweisungen gegeben haben, alle Schulen des Landes bis auf Weiteres zu schließen.

Syrien

Waffenruhe in Idlib

Am Abend des 01.08.19 erklärte die syrische Regierung, man habe sich zu einer Waffenruhe in der letzten Rebellenhochburg bereiterklärt. Das Gebiet, das die Provinz Idlib und angrenzende Ortschaften in Hama umfasst, war seit Ende April von heftigen Kämpfen und Bombardements betroffen.

Bedingung für die Waffenruhe sei, dass sich die islamistischen Rebellenkämpfer etwa 20 km von den Frontlinien entfernen und sich aus den entmilitarisierten Zonen zurückziehen, welche eine ringförmige Pufferzone um das Gebiet bilden und ursprünglich in einem Waffenstillstandsabkommen vom September 2018 vereinbart worden waren.

Verschiedene Quellen bestätigten, dass seither keine Luftangriffe mehr stattgefunden haben. Einzelne Gruppen würden sich aber dennoch weiterhin Schusswechsel liefern. Die dominante Rebellenmiliz Hayat Tahrir al-Sham (HTS) ließ am 03.08.19 verkünden, dass sich ihre Kämpfer nicht aus der Pufferzone zurückziehen würden.

Die syrische Regierung versprach am 01.08.19 außerdem, die militärische Offensive gegen Idlib wieder aufzunehmen, wenn es Russland nicht gelingen sollte, eine diplomatische Lösung mit der Türkei zu finden.

Türkei kündigt neue Militäroffensive an

Während einer Rede am 04.08.19 kündigte der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan an, weiter militärisch in den Nordosten Syriens vorrücken zu wollen. Bisher hat das türkische Militär in zwei Offensiven, 2016 und 2018, Teile Nordsyriens besetzt. Dort bekämpfte man sowohl den IS als auch kurdische Milizen. Bisläng kam es in den kurdisch kontrollierten Gebieten östlich des Euphrats zu keinem weiteren Vorrücken der türkischen Armee, da sich die USA diplomatisch für eine Sicherheitszone zwischen den Kurdengebieten und der Türkei einsetzen. Ankara wirft den USA jedoch ein Spiel auf Zeit vor und fordert einen Abbruch der Beziehungen zu den kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG).

Weißrussland

Mann zum Tode verurteilt

Ein Gericht in der weißrussischen Stadt Vitsebsk sprach am 30.07.19 Viktor Paulau des Mordes an zwei älteren Frauen im Dezember 2018 schuldig und verurteilte ihn zum Tode. Bereits im Januar 2019 war Alyaksandr Asipovich wegen des Mordes an zwei Frauen in Baruysk zum Tode verurteilt worden.

Am 13.06.19 kam es zur Vollstreckung eines Todesurteils an Alyaksandr Zhylnikau, welcher wegen Mordes im Dezember 2015 zum Tode verurteilt worden war. Die Parlamentarische Versammlung des Europarates

verurteilte die geheime Hinrichtung Zhylnikaus, dessen Fall zu diesem Zeitpunkt noch vom UN-Menschenrechtsausschuss untersucht worden war.

Als einziges Land in Europa verhängt und vollstreckt Weißrussland noch immer die Todesstrafe. Exakte Zahlen zu den vollstreckten Todesurteilen gibt es nicht. Menschenrechtsorganisationen zufolge sollen seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1991 etwa 400 Personen hingerichtet worden sein. Medien und Menschenrechtsorganisationen berichteten im Jahr 2018 von vier Hinrichtungen.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing-Notes
informationsvermittlungsstelle@bamf.bund.de